

## II.6 Deutsche Raketenexperten in Ägypten

Ein für die weitere Analyse hervorzuhebendes Ereignis war die Tätigkeit deutscher Waffenexperten in Ägypten, die 1962 öffentlich bekannt wurde.

Die Tätigkeit deutscher Techniker und Forscher, die im Auftrag der ägyptischen Regierung arbeiteten, kann bereits bis 1950 zurückverfolgt werden. Die erste Gruppe, die bis Mitte 1952 blieb, arbeitete an der Herstellung von ballistischen Trägerraketen in der Forschungsabteilung der ägyptischen Armee. Eine zweite Gruppe kam 1951 nach Kairo. Zu ihr gehörten 67 ehemalige Wehrmachtsoffiziere, die unter der Leitung des ehemaligen Generaldirektors der Skodawerke, Wilhelm Voss, standen. Zu dieser Gruppe gehörten als militärische Berater der General der Artillerie a.D. Fahmbacher und der Kapitän zur See a.D. Bechtelsheim. Die Gruppe, deren Beitrag zur Entwicklung ägyptischer Waffen unbedeutend war, arbeitete auf Basis privatwirtschaftlicher Verträge, war aber mit Empfehlungen des Bundeswirtschaftsministeriums ausgestattet, und nach Aussagen Fahmbachers gab es eine Befürwortung des Bundeswirtschaftsministeriums für ihre Arbeit in Ägypten<sup>111</sup>.

1953 wurde der Ingenieur Rudolf Engel (ehemaliger Leiter der Raketenforschungsstätte Großendorf während des Dritten Reiches) neuer Leiter der deutschen Forschungsgruppe in Ägypten. Als Verbindungsfirmen zwischen Ägypten und den deutschen Forschern agierte die Meco (Mechanical Corporation) mit Sitz in Basel (später Zürich), die 1952 von dem ägyptischen Waffenexperten Sayed Kamil zusammen mit dem ägyptischen Kriegsministerium gegründet worden war, sowie die MTP-AG (Maschinen, Turbinen, Pumpen). Die aus der Schweiz stammenden Firmen nutzte Nasser zur Umgehung zahlreicher Embargo-Bestimmungen. Nasser hatte begonnen, um westdeutsche Fachkräfte und westdeutsches Material zu werben, nachdem sich gezeigt hatte, daß Frankreich und Israel gemeinsam an der Entwicklung von Flugzeugen und Raketen arbeiteten. Nachdem Nassers Verhältnis zum Westen nach dem Suez-Krieg äußerst gespannt war, hatte die Herstellung eigener Waffen oberste Priorität erlangt. Um nicht durch russische Waffenlieferungen in eine Abhängigkeit von den Sowjets zu geraten, warb er um westdeutsche Experten<sup>112</sup>.

Hervorzuheben sind ebenfalls die drei westdeutschen Raketenspezialisten Sänger, Goercke und Pilz, die von dem Verwaltungsjuristen Krug unterstützt wurden. Diese deutschen Wissenschaftler verbrachten einige Monate in Ägypten. In dieser Zeit arbeiteten sie an der Entwicklung und Herstellung von Raketen und gaben

---

<sup>111</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 132.

<sup>112</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 132-133. Vgl. auch Der Spiegel, 8.5.1963. „Naher Osten“.

Vorlesungen an der Kairo Universität. Darüber hinaus gründeten sie ein eigenes Unternehmen, welches den ägyptischen Staat mit Raketenelementen beliefern sollte. Alle vier waren Mitglieder des Stuttgarter Instituts für Strahlenantriebe, welches vom Bundesverkehrsministerium, dem Bundesverteidigungsministerium und dem württembergischen Wirtschaftsministerium mit finanziert wurde<sup>113</sup>. Keines der Mitglieder hatte das Institut oder das Kuratorium von seiner Nebentätigkeit informiert, was nach Bekanntwerden zu ihrer fristlosen Kündigung führte<sup>114</sup>. Obwohl die Bundesregierung über den Abschluß des Vertrages zwischen Sänger und der ägyptischen Regierung informiert war, wurde als offizieller Entlassungsgrund 1961 „eigenmächtige, politisch unkluge und über das zumutbare Maß hinausgehende Mitarbeit an einem ägyptischen Regierungsauftrag“ genannt. Der selbsternannte „Pazifist“ Sänger kündigte daraufhin 1962 den Ägyptern seine Mitarbeit vorzeitig<sup>115</sup>.

Neben den weltbekannten Raketenspezialisten befand sich eine Vielzahl ausländischer Mitarbeiter zur Raketenaufrüstung im Dienst der ägyptischen Regierung. Nach Schätzungen stammten zwischen 80 und 200 Experten aus der Bundesrepublik, und es wird vermutet, daß es sich dabei um „zweitklassige“ deutsche Raketenexperten handelte<sup>116</sup>. Außerdem lieferten zahlreiche deutsche und österreichische Firmen, wie z.B. die Messerschmitt A.G. Augsburg, Deutsche Elektrostrahlwerke AG, Süddeutsche Kabelwerke, Siemens-Plania, Kugelfischer, Siemens-Schuckert, Hottinger Meßtechnik und die verstaatlichten österreichischen Böhler-Werke, Materialien für Kriegsgeräte<sup>117</sup>.

Ägypten lockte deutsche Wissenschaftler ins Land, die nach dem Krieg keine Möglichkeiten hatten, bedingt durch ihre Aktivitäten während des Dritten Reichs, ihre Fähigkeiten anzuwenden<sup>118</sup>.

Ägyptens Ziel war es, eine eigene Waffenindustrie aufzubauen, um so von ausländischen Waffenlieferungen unabhängig zu sein, die eigene Wirtschaft zu stärken und Exportmöglichkeiten zu schaffen. Nasser wollte ein Gegengewicht zur wachsenden militärischen Stärke Israels schaffen. Mit einsetzendem Erfolg bemerkte die Sowjetunion, daß die ägyptische Waffenindustrie von russischen

---

<sup>113</sup> Vgl. Vogel, 1987, S. 229-230.

<sup>114</sup> Die Abwesenheit der Wissenschaftler wurde dadurch entdeckt, daß der Vorsitzende des Vereins, in dem das Institut eingetragen ist (beteiligt an dem Institut sind das Bundesverkehrsministerium, das Bundesverteidigungsministerium und das Württemberg-badische Wirtschaftsministerium), eines Tages das Institut besichtigte und feststellen mußte, daß die vier Herren nicht anwesend waren, sondern in Ägypten.

<sup>115</sup> Vgl. Der Spiegel, 8.5.1963. „Naher Osten“.

<sup>116</sup> Vgl. Vogel, 1987, S. 232.

<sup>117</sup> Vgl. Der Spiegel, 8.5.1963. „Naher Osten“.

<sup>118</sup> Vgl. Der Spiegel, 8.5.1963. „Naher Osten.“

Flugzeuglieferungen unabhängig werden könnte. Daraufhin drohte sie, ihre zu diesem Zeitpunkt noch unentbehrlichen Lieferungen einzustellen, und erzwang, daß die deutschen Wissenschaftler ihre Tätigkeit beenden mußten<sup>119</sup>.

Die Tätigkeit der Wissenschaftler wurde 1962 publik. Negative Reaktionen auf den Aufbau der erfolgversprechenden Waffenindustrie kamen nicht nur von Seiten der Sowjetunion sondern insbesondere aus Israel. Israel übte Druck auf die Bundesrepublik aus und forderte die Bundesregierung auf die Wissenschaftler zu zwingen ihre Tätigkeit in Ägypten niederzulegen<sup>120</sup>.

Obwohl Israel schon vor Nasser 1961 eine kleine Rakete (nach US-Vorbild) getestet hatte, sah es in der deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit eine existenzbedrohende Entwicklung. Um diese Entwicklung zu beenden wurde vermutlich im Sommer 1962 der israelische Geheimdienst aktiv.

- Am 7. Juli stürzte ein Charter-Flugzeug des Meco-Chefs Kamil aus ungeklärter Ursache ab. Kamil hatte jedoch im letzten Moment umdisponiert, seine Frau befand sich aber an Bord der Maschine und kam bei dem Absturz ums Leben.
- Am 27. November 1962 wurde die Sekretärin des Raketenspezialisten Pilz durch ein Briefbombenattentat schwer verletzt.
- Ebenfalls im November 1962 wurde ein als Buchsendung deklariertes Sprengstoffpaket an den ägyptischen Direktor der Raketenfabrik in Heliopolis adressiert. Es war in Hamburg aufgegeben worden. Der Sprengsatz tötete fünf und verletzte sechs weitere Ägypter.
- Am 20. Februar 1963 wurde auf einen Elektronik-Spezialisten in Lörrach ein Mordanschlag verübt. Dieser blieb jedoch unverletzt.
- Am 2. März 1963 wurde die Tochter und der Sohn des Raketenspezialisten Goercke in einem Baseler Hotel von zwei israelischen Agenten erpreßt, ihren Vater zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen. Das Gespräch wurde von Schweizer Kriminalbeamten abgehört, die die beiden Agenten festnehmen konnten<sup>121</sup>.

Die Terroranschläge verfehlten ihre Wirkung nicht und schürten breite Ängste unter den deutschen Waffenexperten. Pressemeldungen zufolge befahl Israels Premier David Ben-Gurion den Abbruch der Gewaltmaßnahmen als die Raketenexperten Überlegungen anstellten, ob sie ihre Verträge kündigen sollten.

---

<sup>119</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 134-135.

<sup>120</sup> Vgl. Bundesarchiv, B 136. 13.10.1964. „Eshkols Mahnung. Deutsche Wissenschaftler in Ägypten.“

<sup>121</sup> Vgl. Der Spiegel, 8.5. 1963. „Naher Osten“.

Daraufhin quittierte der israelische Geheimdienstchef seinen Dienst, mit der Begründung, er sei kurz vor seinem Ziel gestoppt worden<sup>122</sup>.

Wie aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hervorgeht, beabsichtigte das deutsche Innenministerium trotz des israelischen Drucks keineswegs, die Experten offiziell zurückzurufen<sup>123</sup>. Der Bundesminister des Inneren, Hermann Höcherl, erklärte 1963 angesichts des israelischen Drucks gegenüber den deutschen Wissenschaftlern, die in Ägypten tätig waren, daß das Grundgesetz nach Art. 26<sup>124</sup> nicht erlaube, die deutschen Wissenschaftler zu zwingen, ihre Tätigkeit in Ägypten niederzulegen. Insofern gebe es keine Möglichkeit, den deutschen Wissenschaftlern, die sich in Ägypten befanden, Beschränkungen aufzuerlegen. Außerdem betonte Höcherl, daß sich die Bundesrepublik nicht in einen Konflikt zwischen anderen Staaten einmische<sup>125</sup>. Zudem begründete die Bonner Regierung ihre Entscheidung damit, daß die Gefahr bestünde, daß Wissenschaftler aus der UdSSR an die Stelle der Deutschen treten würden<sup>126</sup>. Dieses wäre mit einem schwindendem westlichen Einfluß in Ägypten verbunden gewesen.

Ob oder wie sehr das Engagement deutscher Waffenexperten in Ägypten von der Bundesregierung erwünscht war, ist schwer zu beurteilen. Aus einem Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an das Auswärtige Amt 1964 geht hervor, daß die Bundesregierung und der damalige Verteidigungsminister Strauß das Engagement leitender Flugzeugingenieure in Ägypten gewünscht hätten<sup>127</sup>. Den Akten des Archivs des Auswärtigen Amtes ist zu entnehmen, daß die Bonner Regierung 1962 deutschen Wissenschaftlern, die Ägypten verlassen wollten, riet, dort zu bleiben, da die Regierung fürchtete, daß ihre Arbeitsplätze von

---

<sup>122</sup> Vgl. Der Spiegel, 8.5.1963. „Naher Osten“.

<sup>123</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 1964. „Die westliche Regierung beabsichtigt nicht ihre Haltung trotz israelischen Drucks zu revidieren.“

<sup>124</sup> Art. 26 nach einem Vermerk zum juristischen Standpunkt: „Art. 26 der deutschen Verfassung geben jedem deutschen Staatsbürger die Freiheit, zu reisen, auszuwandern, seinen Wohnsitz und seine Arbeit im Ausland nach Belieben zu wählen.“ Nach dem GG ist Artikel 26 Verbot von Angriffskriegen. 1.) Handlungen die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. 2.) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das nähere regelt ein Bundesgesetz.

<sup>125</sup> Vgl. PA/AA, Ref. 308. 2.4.1964. „Übersetzung, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Kairo: Die West-Deutsche Regierung beabsichtigt nicht ihre Haltung trotz israelischen Drucks zu revidieren. Die Deutsche Verfassung erlaubt es nicht, die Deutschen Wissenschaftler zu zwingen, ihre Tätigkeit in der VAR niederzulegen. Wichtige Erklärungen des deutschen Innenministers.“

<sup>126</sup> Vgl. PA/AA, Ref. 308. 2.4.1964. „Die Bonner Regierung riet deutschen Wissenschaftlern, die Ägypten verlassen wollen, zu bleiben.“

<sup>127</sup> Vgl. PA/AA Ref. IB4. 10.4.1964. „Bundesminister für Wirtschaft an Kanzleramt, Presse- u. Informationsamt, Auswärtiges Amt, Bundesminister für Justiz, Bundesminister für Verteidigung, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Betr.: Angelegenheit Ägypten/Israel.“

sowjetischen Ingenieuren und Technikern eingenommen würden<sup>128</sup>. Hingegen bestritt Bundesinnenminister Höcherl in einer Fragestunde des Bundestages am 4. Dezember 1963, daß sein Ministerium je eine schriftliche oder mündliche Erklärung abgegeben habe, durch die deutschen Wissenschaftlern die Mitarbeit an der technischen Entwicklung von Raketen in Ägypten gestattet worden sei. Dieses sei schon deshalb nicht geschehen, kommentierte er, weil kein Deutscher für seine Tätigkeit im Ausland eine Genehmigung benötige<sup>129</sup>. Trotzdem wurde, besonders anlässlich des israelischen Druckes, über einzuführende Maßnahmen diskutiert, zukünftig die Abwanderung deutscher Wissenschaftler auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie zu verhindern. Von Seiten der SPD wurde jedoch der Rückruf der Wissenschaftler aus Ägypten gefordert sowie eine Änderung des Paßgesetzes, um zukünftig den Bestimmungszweck von Auslandsreisen kontrollieren zu können. Die CDU war jedoch der Auffassung, daß es nicht möglich sei, solch ein Gesetz in der Praxis anzuwenden. Bundeskanzler Erhard sprach mit US-Präsident Johnson über die Gesetzesänderung. Johnson teilte die Auffassung Erhards und stimmte ihm zu, daß die Souveränität der Bundesrepublik an ihren Ländergrenzen ende und daß eine Vielzahl von deutschen Wissenschaftlern auch in den Vereinigten Staaten arbeite<sup>130</sup>.

Die SPD legte im Juni 1964 einen Initiativentwurf zur Ergänzung des Artikel 26 (2) des Grundgesetzes vor. Die Fraktion versuchte zunächst die CDU/CSU und die FDP dafür zu gewinnen, sich an der Einbringung des Gesetzentwurfes zu beteiligen<sup>131</sup>. Bundeskanzler Erhard erklärte jedoch nach der Rückkehr von seiner USA-Reise im Juni 1964, daß es nicht möglich sei, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich auf die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler im gesamten Ausland erstrecken könne. Dieses sei in der Praxis nicht anwendbar. In den darauffolgenden Tagen und Monaten wurden neue Entwürfe zur Ergänzung des Artikel 26 vorgelegt<sup>132</sup>. Bundeskanzler Erhard äußerte schließlich am 25. September 1964 vor der CDU-Fraktion, daß er die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler bedauere, soweit sie sich in einem Gebiet vollziehe, wo sie den Frieden zu stören drohe. Juristen versuchten eine Lösung zu finden, doch eine rechtliche Möglichkeit den Aufenthalt der Experten in Ägypten zu verhindern, gab es nicht<sup>133</sup>.

---

<sup>128</sup> Vgl. PA/AA Ref. IB4. 10.4.1964. „Bundesminister für Wirtschaft an Kanzleramt, Presse- u. Informationsamt, Auswärtiges Amt, Bundesminister für Justiz, Bundesminister für Verteidigung, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Betr.: Angelegenheit Ägypten/Israel.“

<sup>129</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 145.

<sup>130</sup> Vgl. PA/AA Ref. IB4. 2.4.1964. „Fernschreiben aus Kairo.“

<sup>131</sup> Vgl. PA/AA Ref. IB4. 5.6.1964. „Aufzeichnung. Betr.: Deutsche Wissenschaftler in Kairo.“

<sup>132</sup> Abediseid, 1976, S. 145-146.

<sup>133</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 145-146.

So mahnte der israelische Ministerpräsident Levi Eshkol im Oktober 1964 an, daß die Bundesrepublik vor einem kaum lösbaren Problem stehe, da sie Gefahr laufe, nutzlose oder sogar anfechtbare Gesetze zu machen oder in der internationalen Öffentlichkeit als Staat dazustehen, der es nicht verhindere, daß einige seiner Staatsangehörigen zum zweiten Male in diesem Jahrhundert einen Völkermord vorbereiteten<sup>134</sup>.

Einige Zeit später stellte sich heraus, daß der Minister für Wissenschaft und Forschung der Bundesrepublik den Plan verfolgte, die deutschen Wissenschaftler abzuwerben. Ende Oktober 1964 gab das Auswärtige Amt bekannt, daß mehre Wissenschaftler Ägypten bereits verlassen hätten, um in der Bundesrepublik zu arbeiten<sup>135</sup>. Ägypten verurteilte diese Abwerbungsaktion. Einige der Wissenschaftler waren, wie bereits erwähnt, schon kurz nach dem Bekanntwerden ihrer Tätigkeiten abgereist. Weitere Wissenschaftler verließen 1964, als Folge der Briefbombenanschläge, Entführungen und Überfälle, die durch den israelischen Geheimdienst initiiert wurden, das Land. Obwohl selbst hohe Beamte der israelischen Regierung sich von den verbrecherischen Methoden ihres Geheimdienstes distanzierten, wurden von der deutschen Regierung die Aktionen ohne Protest hingenommen<sup>136</sup>.

Einerseits hatte die Bundesrepublik die Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten nicht ungern gesehen, da sie im Ost-West-Konflikt Einflußmöglichkeiten versprach. Andererseits ist aus den Akten im Bundesarchiv zu entnehmen, daß die Bundesregierung stets betonte, daß sie diese Art der Tätigkeit von Deutschen im Ausland mißbillige, da sie „Frieden stören könne“<sup>137</sup>.

---

<sup>134</sup> Vgl. Bundesarchiv, B 136. 13.10.1964. „Eshkols Mahnung. Deutsche Wissenschaftler in Ägypten.“

<sup>135</sup> So erhielt z.B. Prof. Eugen Sänger bereits 1962 einen Dienstvertrag von der Bundesregierung in der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL). (PA/AA Ref. IB4).

<sup>136</sup> Vgl. PA/AA, Ref. 708. 11.9.1963. „Prof. Pilz, Prof. Goercke an Bundestagsabgeordneten Ernst Majonika.“

<sup>137</sup> Vgl. Bundesarchiv, B136. 13.10.1964. „Eshkols Mahnung. Die deutschen Wissenschaftler in Ägypten.“